

Gründung des Vereins zur Förderung kommunaler Stadtwerke e.V.

Der Verein zur Förderung kommunaler Stadtwerke e.V. wurde am 30.01.2010 gegründet und am 21.04.2010 ins Vereinsregister beim AG Stuttgart unter der Nummer VR 720727 eingetragen.

Wir begleiten die politischen Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit der Gründung der Stadtwerke. Durch eine breite Bürgerbeteiligung beabsichtigen wir, bei den wesentlichen Schritten auf dem Weg und bei der Ausgestaltung unserer Stadtwerke Transparenz und Öffentlichkeit herzustellen und zu sichern.

Liberalisierung

1996/1998: Europa und Deutschland im Taumel der Liberalisierung der Energiewirtschaft.

In einem bundesweit einmaligen Vorgang werden in Stuttgart im Jahr 2002 mit der Zustimmung aller Fraktionen des Gemeinderats alle Energie-Aktien verkauft mit einem vollständigen Ausverkauf der kommunalen Daseinsvorsorge (Wasser - Strom - Gas - Wärme) (GRDRs 15/2002).

Im April 2009 legt der OB dem Gemeinderat eine „Grundsatzvereinbarung zur Neuordnung der Stuttgarter Wasserversorgung“ mit der EnBW vor (GRDRs 185/2009).

Bürger initiieren das Bürgerbegehren "100-Wasser", sie verhindern damit die „halbeigene“ Wassergesellschaft mit vorzeitiger Verlängerung der Konzessionen Strom und Gas mit der EnBW Regional AG.

Im Juni 2010 beschließt der Gemeinderat, die Stuttgarter Wasserversorgung frühest möglich, spätestens aber ab 01.01.2014 selbst zu betreiben und die Rechte an der Wasserversorgung nicht ganz oder teilweise in der Hand von Privaten (z.B. der EnBW) zu belassen (GRDRs 390/2010).

Ausgangslage im Jahr 2012

Gegenwärtig ist in vielen Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg über die Vergabe der Konzessionen für die Strom- und Gasnetze zu entscheiden. Durch die lange Laufzeit der Konzessionsverträge von meist 20 Jahren werden wichtige Entscheidungen für die energiewirtschaftliche Zukunft unseres Landes getroffen.

In der Landeshauptstadt Stuttgart laufen die Konzessionen für Strom- und Gasnetze und Wärmeversorgung zum 31.12.2013 aus.

Der Stuttgarter Gemeinderat hat im September 2009 den "Unterausschuss Stadtwerke" des Verwaltungsausschusses unter dem Vorsitz von Herrn Erster Bürgermeister Michael Föll gebildet, um sich intensiv mit den Herausforderungen einer Neugründung Stuttgarter Stadtwerke und der Vergabe der Konzessionen zu befassen. Der Unterausschuss tagt unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Im Jahr 2010 hat die vom Gemeinderat beauftragte Firma Horváth & Partner GmbH, Stuttgart ein Gutachten "Begleitung der konzeptionellen Überlegung bei der Gründung eines Stadtwerks" erstellt, der Abschlussbericht wurde am 15.03.2011 vorgelegt.

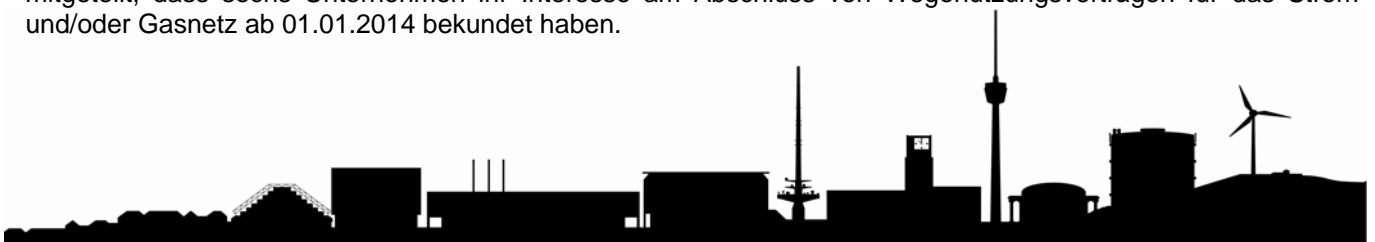
Am 17.02.2011 wurde im Elektronischen Bundesanzeiger das Auslaufen der Konzessionen Strom und Gas gemäß § 46 Abs. 3 EnWG bekanntgemacht und qualifizierte Unternehmen wurden gebeten, bis zum 31.05.2011 ihr Interesse an dem Abschluss von Wegenutzungsverträgen für Strom - und /oder Gasnetze für den Zeitraum ab 01.01.2014 schriftlich bei der Landeshauptstadt Stuttgart zu bekunden.

In Mai und Juli 2012 hat der Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart weitreichende Beschlüsse in Bezug auf die Neugründung von Stadtwerken gefasst:

Der Grundsatzbeschluss für die Gründung der Stadtwerke ist am 25.05.2011 erfolgt.

In der GR-Sitzung vom 27.07.2011 wurde

- dem Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke Stuttgart GmbH (SWS) zugestimmt
- Herr Martin Rau als Gründungsgeschäftsführer der Stadtwerke Stuttgart GmbH bestellt
- über die Entsendung der Aufsichtsräte entschieden
- mitgeteilt, dass sechs Unternehmen ihr Interesse am Abschluss von Wegenutzungsverträgen für das Strom- und/oder Gasnetz ab 01.01.2014 bekundet haben.



In der GR-Sitzung vom 10.05.2012 wurde der Ablauf des Konzessionsvergabeverfahrens konkretisiert um ein transparentes und diskriminierungsfreies Verfahren sicherzustellen:

- Durch eine erneute, ergänzende Bekanntmachung soll klargestellt werden, dass die LHS auch die Interessenbekundungen zu Kooperationsmodellen annehmen und prüfen wird.
- Ein sogenannter "Erster Verfahrensbrief" soll den Interessenten den weiteren Verfahrensablauf, die Auswahlkriterien der Konzessionsvergabe und die Auswahlkriterien zu Kooperationspartnern offen legen. Die Kriterien und deren Gewichtung sind vom Gemeinderat zu beschließen. Weiter werden die Interessenten aufgefordert, unverbindliche Konzessionsvertragsangebote und/oder Kooperationsangebote abzugeben und diese in Verhandlungen vorzustellen.
- Mit einem sogenannten "Zweiten Verfahrensbrief" sollen den Bewerbern – als Ergebnis der Angebotsphase – Unternehmenskonzepte und Vertragsentwürfe übersendet werden. Sie werden zur Abgabe eines verbindlichen Angebots (bzgl. der reinen Konzessionsvergabe und/oder einer Kooperation) aufgefordert. Diese können noch bis zu einem abschließenden verbindlichen Angebot nachverhandelt werden.
- Die Entscheidung im Konzessionsvergabeverfahren fällt auf der Grundlage der im Ersten Verfahrensbrief mitgeteilten Auswahlkriterien (orientiert an den Zielen des § 1 EnWG) und deren Gewichtung für die Konzessionsvergabe und die Auswahl eines Kooperationspartners anhand einer „Bewertungsmatrix“. Es sind somit bis zuletzt beide Optionen (reine Konzessionsvergabe oder Gründung eines Kooperationsunternehmens und Vergabe der Konzession an selbiges) offen zu halten.

Mit einer ersten Informationsveranstaltung wurden die Bürger am 25.05.2012 über die Gestaltung des Konzessionsvergabeverfahrens informiert. Zu den Auswahlkriterien fand am 06.07.2012 ein Workshop mit interessierten Bürgern und am 12.07.2012 eine erneute Informationsveranstaltung im Rathaus statt. Anregungen aus diesen Veranstaltungen wurden dem Gemeinderat vor der Entscheidung über die Kriterien und die Konzessionsvertragsentwürfe durch eine Ergänzungsvorlage zur Kenntnis gegeben.

In der GR-Sitzung vom 19.07.2012 wurde

- mitgeteilt, dass auf die beiden Bekanntmachungen der LHS nach § 46 EnWG bis zum 07.07.2012 folgende zehn Unternehmen (in alphabetischer Reihenfolge) ihr Interesse am Abschluss von Wegenutzungsverträgen für das Strom- und/oder Gasnetz und die Wärmerversorgung ab 01.01.2014 bekundet haben:
 - Alliander AG, Berlin
 - EnBW Regional AG, EnBW Gas AG, EnBW Kraftwerke AG, Stuttgart
 - Energieversorgung Schönau / Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH, Schönau / Schwäbisch Hall
 - KommunalPartner Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Friedrichshafen
 - Netzkauf EWS eG, Schönau
 - Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH, Schwäbisch Hall
 - Stadtwerke Stuttgart GmbH, Stuttgart
 - Südwestdeutsche Stromhandels GmbH, Tübingen
 - Thüga AG, München
 - Veolia Wasser GmbH / LHI Leasing GmbH / Braunschweiger Versorgungs- AG & Co. KG, Braunschweig

Die Beratung der Ersten Verfahrensbriefe mit den Auswahlkriterien und Konzessionsverträgen (Stromnetz, Gasnetz, Fernwärme) durch den Gemeinderat ist abgeschlossen. Die Dialogphase wird voraussichtlich bis Ende des Jahres andauern.

Der Gemeinderat wurde durch die Mitteilungsvorlage "Interessenbekundungen im Konzessionsvergabeverfahren", GRDRs 657/2012 vom 27.08.2012 informiert:

- Klarstellung durch EnBW:
 - EnBW Regional AG bekundet Interesse auch im Namen der seit 01.01.2012 mittels Verschmelzung integrierten EnBW Gas GmbH für die Wegenutzungsrechte sowie Kooperationen in den Bereichen Strom und Gas
 - EnBW Kraftwerke AG bekundet Interesse für die Konzession sowie die Kooperation im Bereich der Fernwärmeversorgung
 - EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH bekundet Interesse für Kooperationen im Bereich Strom, Gas und Fernwärme
- Rückzug der Interessenbekundung:
 - KommunalPartner Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Friedrichshafen
 - Netzkauf EWS eG, Schönau

Die verbliebenen Bewerber haben sich am 26.10.2012 im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses der Öffentlichkeit vorgestellt:

- Alliander AG, Berlin
- EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, EnBW Regional AG, EnBW Gas AG, EnBW Kraftwerke AG, Stuttgart
- Energieversorgung Schönau Schwäbisch Hall GmbH i.Gr.

- Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH
- Stadtwerke Stuttgart GmbH
- Thüga AG (München)
- Veolia Wasser GmbH (Berlin) / LHI Leasing GmbH (Pullach im Isartal) / Braunschweiger Versorgungs- AG & Co. KG

Anfang November 2012 haben die Bewerber ihre Offerten im Unterausschuss des Gemeinderats in einer nicht-öffentlichen Sitzung erläutert. In der sogenannten „Dialogphase“ hat die Stadtverwaltung die vorliegenden, unverbindlichen Angebote geprüft. Die Versendung eines „Zweiten Verfahrensbrief“, mit dem die Bewerber zur Abgabe von konkretisierten und verbindlichen Angeboten aufgefordert ist für Juli 2013 vorgesehen.

Oberbürgermeister Kuhn hat am 06.05.2013 ein Gespräch über das Konzessionsvergabeverfahren mit Vertretern der interessierten Bürgerschaft geführt.

Zum Abschluss der „Dialogphase“ wurden die sog. Zweite Verfahrensbriefe erstellt. Mit diesen sog. Zweiten Verfahrensbriefen sollen die Bieter überarbeitete Konzessionsvertragsentwürfe und soweit sich die Bieter für Kooperationen interessieren Unternehmenskonzepte inkl. Verträge zur Gründung von Kooperationsunternehmen (Gesellschafts- und Konsortialverträge) nach den Vorstellungen der LHS erhalten. Mit den Verfahrensbriefen werden die Bieter auf die Verhandlungsphase vor Abgabe der verbindlichen Angebote (bzgl. der reinen Konzessionsvergaben und/oder Kooperationen) vorbereitet

Der sog. Zweite Verfahrensbrief im Bereich Fernwärme soll erst nach einer weiteren Aufklärung der Fernwärmeversorgung in Stuttgart und einer Diskussion der Ergebnisse im Unterausschuss Konzessionsvergabe versendet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte für die weitere Aufklärung der Versorgungssituation und die Schaffung der Grundlagen für die Diskussion in die Wege zu leiten und dies den Bietern mitzuteilen. (GRDrs 344/2013 Neufassung vom 18.07.2013).

Am Verfahren beteiligt sind weiterhin folgende Unternehmen:

- Alliander AG, Berlin
- EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, EnBW Kraftwerke AG, EnBW Regional AG, Stuttgart
- Energieversorgung Schönau Schwäbisch Hall GmbH
- Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH
- Stadtwerke Stuttgart GmbH
- Thüga AG (München)
- Veolia Wasser GmbH (Berlin) / LHI Leasing GmbH (Pullach im Isartal) / Braunschweiger Versorgungs- AG & Co. KG (als Bietergemeinschaft)

Die Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der Beschlussfassung des sogenannten zweiten Verfahrensbriefes durch den Gemeinderat zeigen erste Wirkungen.

Mit der Alliander AG hat im August 2013 ein aussichtsreicher Bewerber sein Interesse zurückgezogen. Die Gründe für den Rückzug liegen laut einem Pressebericht vom 19.09.2013 wohl im „... politischen Umfeld ...“.

Die Frist zur Abgabe der verbindlichen Angebote zur Erlangung der Konzessionen für das Strom- und das Gasnetz sowie den Verfahren zur Auswahl von möglichen Kooperationspartnern der Landeshauptstadt Stuttgart ist am 19.12.2013, abgelaufen.

Folgende Unternehmen haben ihre verbindlichen Angebote abgegeben:

- EnBW Regional AG, ab Februar 2014
- Energieversorgung Schönau-Schwäbisch Hall GmbH
- Stadtwerke Stuttgart GmbH
- Bietergemeinschaft aus der Veolia Wasser GmbH, LHI Leasing GmbH und der Braunschweiger Versorgungs- AG & Co. KG

Von ehemals 12 Bewerbungen im Juli 2012 sind vier übrig geblieben. Und einer davon, die EnBW Regional AG hat vor dem Hintergrund der strukturellen Veränderungen in der Energiebranche und im Zuge der organisatorischen Neuaufstellung der EnBW die Rechtsform zum 01.02.2014 in die Netze BW GmbH umgewandelt.

Seit Januar berät die Verwaltung mit dem Unterausschuss des Gemeinderats über die Bewertung der Angebote. Im März 2014 beabsichtigt der Gemeinderat der Landeshauptstadt zu entscheiden, wer künftig die Netze für Gas und Strom besitzt und betreibt.

Unsere Ziele

Wir treten dafür ein, dass ein 100% kommunales Vollverbundunternehmen mit den Sparten - Strom, Gas, Wärme - entsteht.

Die Stadtwerke Stuttgart sollen alle Bereiche abdecken, d.h.

- **Erzeugung von Energie mittels regenerativer Techniken**
- **Erzeugung von Strom und Wärme lokal und regional, insbesondere durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)**
- **Betrieb der Verteilnetze**
- **Vertrieb von Strom, Gas und Wärme**

Angesichts der großen Herausforderungen sind die unterschiedlichen gesellschaftsrechtlichen und vertraglichen Kooperationsmodelle zur Erreichung der Ziele zu prüfen. Vorfestlegungen sind zu vermeiden, Unabhängigkeit ist sicherzustellen und Einschüchterungsversuche sind zurückzuweisen.

Obwohl der Alt-Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Herr Dr. Wolfgang Schuster und der Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart unserer Forderung nach der Durchführung eines Bürgergutachten durch Planungszellen nicht nachgekommen sind, versuchen wir weiterhin eine breite Bürgerbeteiligung zu initiieren, damit die Stadtwerke eine starke Verankerung bei der Stuttgarter Bevölkerung erfahren.

Der Verein zur Förderung kommunaler Stadtwerke e.V. ist Veranstalter der im Rathaus durchgeführten Informationsreihe "Forum Stadtwerke", die sich ausführlich mit den anstehenden Fragen auseinandersetzt und versucht, gangbare Lösungswege zu diskutieren und aufzuzeigen.